

Abstimmungsvorlagen vom 25. September 2022

Am 25. September 2022 können wir über wichtige Sachgeschäfte abstimmen. Bei der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen profitieren rund 200 Konzerne. Für die Bevölkerung und alle anderen Gewerbebetriebe ändert sich nichts. Bund, Kantone und Gemeinden entgehen Einnahmen von bis zu 800 Millionen Franken. Diese Geld wandert zum grössten Teil ins Ausland ab. Zu Recht macht sich Bundesrat Maurer Sorgen über den Schuldenberg welcher durch Corona Massnahmen entstanden ist. Der gleiche Bundesrat will nun auf 800 Millionen Franken Einnahmen verzichten, das passt nicht zusammen. Die Verrechnungssteuer dient zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Wer seine Wertschifterträge korrekt deklariert erhält die Verrechnungssteuer wieder zurück. Es gibt keinen Grund 200 Grosskonzerne zu privilegieren und die Türe für mögliche Steuerhinterziehung zu öffnen. Nur dank intakten Finanzen konnte die öffentliche Hand besonders das Gewerbe in der Coronakrise unterstützen. Stimmen auch sie Nein zu dieser Verrechnungssteuervorlage.

Wieder stehen zwei AHV Vorlagen zur Abstimmung. Das Rentenalter der Frauen soll auf 65 Jahre steigen und auch die Mehrwertsteuer erhöht werden. Dass Frauen und Männer das gleiche Rentenalter haben ist für mich eine logische Folge der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Vorlage ist jedoch nicht nachhaltig und geht voll zu Lasten der Frauen, sollen doch rund 5 Milliarden Franken eingespart werden. Ein Jahr länger arbeiten bedeutet ein Jahr weniger Rentenleistung. Wo sind die Arbeitsplätze für ältere Frauen? Die Angleichung des Rentenalters muss fair und kostenneutral erfolgen. Die Frauen haben eine bessere Lösung verdient. Stimmen auch sie Nein zu dieser unfairen und unausgewogenen Vorlage.

Die Mehrwertsteuer soll auf 8,1% erhöht werden um der AHV mehr Geld zukommen zu lassen. Die AHV ist unser grösstes Sozialwerk in unserem Land und geprägt von einem sozialen Ausgleich. Rund 90% der Beitragszahlenden werden mehr Rente erhalten als sie einbezahlt haben. Dies bedeutet, 10% sehr gutverdienende bezahlen mehr in die AHV ein als sie an Rente bekommen werden. Seit Jahren verhindern die bürgerlichen National- und Ständeräte eine Erhöhung der Lohnbeiträge um die AHV Kasse nachhaltig zu stabilisieren. Die gleichen bürgerlichen Politikerinnen und Politiker haben nun eine Mehrwertsteuererhöhung auf 8,1% beschlossen. Diese wird vom Volk bezahlt unabhängig vom Einkommen. Die Teuerung liegt zurzeit über 3%, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird sie zusätzlich in die Höhe treiben. Ob alle Arbeitnehmenden den vollen Teuerungsausgleich erhalten ist offen, verhandelt wird in den nächsten Monaten. Es gibt bereits Stimmen, die von einem vollen Teuerungsausgleich nichts wissen wollen. Dies bedeutet Kaufkraftverlust für die Arbeitnehmenden und zwingt zu Sparmassnahmen im Familienbudget. Die Pensionierten trifft die Teuerung noch härter, wird doch die Rente der 2. Säule nie der Teuerung angepasst. Ein Einkommensverlust treibt mehr Rentenbeziehende in die Armut, sie werden vermehrt auf Ergänzungsleistungen angewiesen sein. Stimmen auch sie Nein zu dieser ungerechten Erhöhung der Mehrwertsteuer.



Alfred Merz
Grossrat SP
Präsident Kommission AVW

<https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/185/Detail%20Adresse?AdriId=102382>